

DIE LINKE. Niedersachsen

Orientierungspunkte für ein Landtagswahlprogramm 2013

Verabschiedet vom Landesvorstand auf seiner Klausur am 3. und 4. Dezember 2011 auf der Grundlage der Arbeit der Landtagsfraktion

Synopse politischer Projekte / Kernforderungen

Arbeit und Wirtschaft

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro die Stunde, Verbot von Leiharbeit, Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse (ab dem 1.- €)	Bundesrats-Initiativen
2	Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse u.a. durch Bundesratsinitiative und durch Verhaltensveränderung der Unternehmen mit Landesbeteiligung	Verbot des Missbrauchs der Leiharbeit, Werkverträgen und Praktika
3	Maßnahmenpaket für kleine und Kleinstunternehmen.	Bessere Kapitalausstattung durch zinsgünstigere Darlehen aus Wirtschaftsförderungsmitteln. Konzentration der Wirtschaftsfördermittel auf Betriebe, die tarifliche Standards anwenden, neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern.
4	Bundesratsinitiative zur Rückkehr zur Rente mit 65	
5	Neues Landesvergabegesetz	Berücksichtigung sozialer und ökologischer Faktoren verankern. Einbeziehung des Personennahverkehrs. Absenkung der Geltungsgrenze von 30.000 auf 10.000 Euro Aufwertung personenbezogener Dienstleistungen (Betreuung und Pflege)
6	Bundesratsinitiative für eine Mindestrente von 900 Euro	
7	Einführung einer Ausbildungsplatzumlage	
8	Konversionsstrategie für die bisherigen Bundeswehrstandorte	Landesprogramm zur Schaffung ziviler Beschäftigung.
9	Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung als Voraussetzung von Wirtschaftsförderung verankern	
10	Unternehmen, die Arbeitsplätze oder den Firmensitz ins Ausland verlegen, müssen erhaltene Fördermittel zurückzahlen.	

11	Niedersächsisches Qualifikationsprogramm für Erwerbslose (einschließlich Sonderprogramm für Schwerbehinderte und für Menschen über 50 Jahre)	
----	--	--

Mobilität

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
Generell	Verkehrsvermeidung und Verlagerung von der Straße auf Schiene und Wasserwege	
1	Die Genehmigung von Gigalinen lehnen wir ab.	
2	Ausbau des „kleinen Y“ anstelle der Y-Trasse	<p>zweigleisiger Ausbau der Abschnitte Rotenburg (W) – Verden (Aller) und Abschnittsweise dreigleisiger Ergänzungsausbau Wunsdorf-Verden(Aller) als Güterüberholzonen.</p> <p>Zweigleisiger Ausbau Uelzen - Stendal sowie Langwedel- Soltau - Uelzen</p> <p>Abschnittsweise 3. Gleis an den Strecken Buchholz- Soltau- Langenhagen für Güterzugsumleitungen und Überholung;</p>
3	Maßnahmenpaket für einen Ausbau des ÖPNV	Unterstützung der RegioStadtBahn Braunschweig, finanzielle Förderung der Anschaffung EBO-tauglicher Stadtbahnwagen
4	Sicherung eines 1 Stunden-Taktes bei der Anbindung jeder geschlossenen dörflichen Siedlung in Niedersachsen	Z.B. durch Ausbau von Rufbussystemen.
5	Initiativen zur Wiedereinführung des Interregiosystems. Im Regelfall soll jede Kreisstadt und jede Kreisfreie Stadt angebunden sein.	
6	Schienennetz-Reaktivierungsprogramm	Dabei sind bereits bestehende regionale Initiativen aufzunehmen.
6a	Abschaffung der I. Klasse in den Regionalverkehrszügen und S-Bahnen (analog Straßenbahnen – da gibt's das auch nicht), Initiativen zu Fahrpreisreduzierungen im ÖPNV und auch im niedersächsischen Regionalverkehr	
7	Ökologische Orientierung der Binnenwasserstrassenpolitik	<p>Sicherung der natürlichen Dynamik der Flüsse</p> <p>Binnenschiffe sollen nicht nach einer profitorientierten Schiffgrößennorm gebaut werden, sondern sind den befahrenen Flüssen anzupassen.</p> <p>Flachwasserschiffahrtstaugliche Anpassung von Schleusen- und Hafenanlagen.</p>
8	Umbau der Kanalstrecken von Spund- zu	

	Böschungsufern und Ausbau von Ausweich- und Wendestellen.	
9	Ablehnung der Reform der Wasser- und Schifffahrtsstrassenverwaltung.	
10	Ablehnung des Neubaus der A 39 und des Ausbaus der A33 nördliche des Kreuzes Osnabrück-Süd	
11	Elbe-Seitenkanal ertüchtigen	Schiffshebewerk dauerhaft gestört; führt zu Staus

Soziales

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Armut bekämpfen: Hartz IV muss weg Einführung einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung	Dauerhafte Thematisierung der „Armut per Gesetz“ Problematik im Land; dauerhaft durch ‚Sozialraumorientierte Berichterstattung‘ flankieren
2	Einführung einer Sozialcard Niedersachsen	Landesweites Teilhabepaket für den ÖPNV und öffentliche Einrichtungen.
3	Aufhebung der befristeten Projektförderung Überführung „freiwilliger Leistungen“ in „gesetzliche Leistungen“	Planungssicherheit für Träger und Einrichtungen erreichen und deren Arbeitsfähigkeit dauerhaft sicherstellen; gilt auch und vor allem für z.B. längerfristige Absicherung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen
4	Umsetzung der UN Konvention (UN-BRK) über die Rechte von Menschen mit Behinderung	Barrierefreiheit, Selbstbestimmung, Teilhabe sind für ALLE Menschen von zentraler Bedeutung; Umkehrung der bisher verbreiteten Interpretation und die Beschränkung auf ‚Behinderte‘
5	Ärztliche Versorgung:	Gesellschaftliches Dauerthema; hohe Priorität, da die Masse der Menschen in Nds. direkt betroffen ist
5.1	Stopp des Verkaufs der Landeskrankenhäuser Förderung der Rekommunalisierung der bisher verkauften Krankenhäuser	Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand, Gesundheit ist keine Ware und darf nicht den Profitinteressen unterworfen werden.
5.2	Auflösung des Investitionsstaus im Krankenhausbereich	Investitionsstau (von 800 Mio. € bis zu 1 Mrd. €) muss aufgelöst werden, damit KKH sicher und verlässlich arbeiten können und die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann
5.3	Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen	Anreizprogramme schaffen, Ausbildung verbessern; Beruf des ‚Landarztes‘ aufwerten
6	Fürsorge, Betreuung, Pflege	Zentrales Thema in der Gesellschaft – egal ob Stadt oder Land: Bedingungen

		gewährleisten, diesen Bereich nicht Kapitalinteressen überlassen
6.1	Förderung des Modells „Gemeindeschwester“	Aufwertung der Pflegeberufe, bessere Ausbildung und Bezahlung, Antrag zur Einführung von Gemeindeschwestern, kommunale Projekte
6.2	Rücknahme der Kürzungen in der Kurzzeitpflege	Landesregierung hat auf Kosten der Betroffenen Menschen und der Angehörigen Einsparungen vorgenommen
6.3	Erhöhung der nds. Pflegesätze	Niedersachsen ist im bundesweiten Vgl. auf einem ‚Abstiegsplatz‘, Einrichtungen können die gestiegenen Kosten nicht mehr auffangen
6.4	Neufassung des Landesheimgesetzes als ein Gesetz für Menschen mit Assistenzbedarf	LINKE sehen zusammen mit den Betroffenen einen enormen Handlungsbedarf; LINKSFRAKTION hat umfangreichen Änderungsentwurf in den LT eingebracht; Beteiligungsrechte; Klagerecht etc.

Justiz und Recht

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Personalausbau im gesamten Justizbereich, insb. bei Sozialgerichten, aber auch Arbeitsgerichten und der ordentlichen Gerichtsbarkeit	Verfahrensdauer vor Gericht von einem und mehreren Jahren führt zur Rechtswegverweigerung
2	Bevorzugung der Sanierung bestehender Haftanstalten vor dem Bau neuer JVA	Resozialisierung erfordert ein dezentrales Unterbringungskonzept, damit Strafgefangene ihre sozialen und familiären Bindungen erhalten können
3	Prüfung des Ausstiegs aus dem teilprivatisierten Projekt JVA Bremervörde und Stopp aller Privatisierungsbestrebungen im Strafvollzug.	JVA Bremervörde ist überflüssig und zudem in seiner teilprivaten Organisationsform abzulehnen
4	Ausweitung von Täter-Opfer-Ausgleich-Programmen	Wirksame Ergänzung der herkömmlichen Strafjustiz
5	Ausweitung des offenen Vollzugs	Wie in skandinavischen Ländern - hilft Kriminalität zurückzudrängen
6	Neuregelung der Sicherheitsverwahrung nach den Vorgaben des BVerfG und des EUGH MR	Novellierung auch des Nds. Justizvollzugsgesetzes
7	Verteidigung der Prozesskostenhilfe und der Beratungskostenhilfe gegen die geplanten offenen und versteckten Einschränkungen	Der Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen
8	Abschaffung des einfachen Dienstes im Justizdienst	Sichert Gleichbehandlung gegenüber anderen Beamten und führt zu höheren Mindesteinkommen
9	Mitbestimmung der Richterräte bei allen personellen Entscheidungen insb. bei Beförderungen	Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz

Wissenschaft und Kultur

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1.	Abschaffung aller Studiengebühren	Die allgemeinen Studiengebühren, Langzeitgebühren und Verwaltungsbeiträge werden gestrichen und durch Landesmittel ersetzt.
2.	Reform der Bachelor/Master Studiengänge	Masterzugang kapazitär öffnen, um Durchlässigkeit zu erhöhen; dadurch Konkurrenzdruck aus dem Bachelor rausnehmen. Zweites Ziel: Verschulung reduzieren
3.	Staatliche Hochschulfinanzierung ausbauen	Hochschulzugang öffnen/NC-Studiengänge reduzieren. Kapazitäten dem Bedarf anpassen, übervolle Veranstaltungen minimieren. Mehr Dauerstellen für Daueraufgaben in Forschung und Lehre schaffen
4.	Einflussnahme Dritter auf Forschung und Lehre begrenzen	Zivilklausel gegen Rüstungsforschung gesetzlich verankern, Leistungsorientierte Mittelvergabe überarbeiten (Bedeutung von Drittmitteln senken), Grundfinanzierung ausbauen (siehe 1+3)
5.	Mehr Demokratie und Mitbestimmung an Hochschulen	Hochschulräte nur beratend, Entscheidungskompetenzen grds. bei Senat bzw. Fakultätsrat; Stimmrechte in Gremien ändern: professorales Übergewicht gemäß BVerfG-Urteil von 1973 eingrenzen
6.	Freier Eintritt in alle kulturellen Landeseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Finanzschwache	(selbsterklärend)
7.	Transparente Kulturfinanzierung, Erhalt kulturellerer Einrichtungen auf kommunaler Ebene sichern; Förderung unabhängiger Kulturinitiativen, StraßenmusikerInnen, literarischer Gesellschaften usw.	Kultur(finanz)beratung in der Fläche stärken; Finanzierungsmöglichkeiten besser darstellen; kommunale kulturelle Einrichtungen nicht Kürzungsdiktaten des Landes opfern
8.	Soziale Absicherung von Künstlern stärken	Bundesratsinitiativen
9.	Soziokultur und kulturelle Bildung stärken	Institutionelle Förderung der LAGS; Kultur nicht mehr als nur „freiwillige“ Leistung deklarieren; längerfristige auskömmliche Finanzierung

Kultusangelegenheiten / Schule

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1.	Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien KiTa-Platz mit guter Ausstattung und qualifiziertem Personal	Rechtsanspruch / gebührenfrei: selbsterklärend. Akademisierung des Erzieher-Berufs anstreben; max. Gruppengröße: 12 (Krippe), 16 (Kindergarten), 20 (Hort) bei zwei Kräften; Raum pro Person auf 6 (Krippe) bzw. 4 (Kindergarten) qm anheben; Verfügungsstunden für Leitung und „einfache“ ErzieherIn erhöhen; Ganztagsangebote ausbauen
2.	Gemeinsames Lernen aller Kinder bis einschließlich Klasse 10	(dies ist das grundsätzliche Ziel, das vor allem durch Punkt 3+6 konkretisiert wird)
3.	Integrierte Gesamtschulen stärken	IGSn sollen für jeden in zumutbarer Entfernung erreichbar sein; IGSn werden i.d.R. 4-zügig geführt (Ausnahmen für Inselschulen oder sehr dünn besiedelte Gebiete); jede IGS kann frw. in Anlehnung an das Modell Göttingen-Geismar arbeiten; eine IGS kann alle anderen Schulformen ersetzen; bei erfolgreicher Elternbefragung gibt es keinen Spielraum mehr für den Schulträger: Rechtsanspruch auf Einrichtung
4.	Abitur nach 13 Jahren für alle Schulformen	(selbsterklärend)
5.	Lehr- und Lernbedingungen verbessern	Klassen verkleinern, Vertretungsreserve sicherstellen, gebundenen Ganzttag ausbauen
6.	Inklusion verwirklichen	Lehrerfortbildung ausbauen, FöS Lernen+Sprache abschaffen, Unterstützung aus FöS in die allgemeinbildenden Schulen überführen, Vorbehalte bei Eltern/Lehrern/Mitschülern abbauen
7.	Private Schulkosten reduzieren	Kostenfreiheit der Beförderung einschl. Sek II, von Schulmaterial und Verpflegung sicherstellen
8.	LehrerInnenausbildung reformieren	Abschaffung des Referendariats und Ersetzung durch eine strukturierte und begleitete Berufseinstiegsphase / einphasige LehrerInnenausbildung.

Netzpolitik

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Open-Data-Offensive Niedersachsen	Daten aus Regierungs- und Verwaltungshandeln in verarbeitbarer Form ins Netz stellen (soweit nicht datenschutzrelevant)
2	Einsatz Open-Source-Software in Behörden und Dienststellen des Landes	Ablösung der Quasi-Monopol-Software von Microsoft und Co., Deutliche Kostenersparnis
3	Pilotprojekte zur BürgerInnenbeteiligung über Internet (E-Government)	... ohne Ausgrenzung der Menschen ohne Internetzugang, also mit schriftlicher Beteiligungsalternative
4	Bundesratsinitiative „Freies Internet ohne Zensur“	Verhinderung von Netzsperrern und anderen zensurgeeigneten Mechanismen im Netz
5	Bundesratsinitiative zur Sicherung der Netzneutralität	Faire Behandlung aller Datenströme im Netz, keine Bevorzugung zahlungskräftiger Kunden
6	Breitbandoffensive für den ländlichen Raum, ggfs. über ein zu gründendes landeseigenes Unternehmen	Schnelles Internet als digitale Grundversorgung für alle

Frauen- und Gleichberechtigungspolitik

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Überarbeitung des Niedersächsischen Gleichstellungsgesetzes	Rückkehr zur bevorzugten Einstellung von Frauen bei gleicher Eignung
2	Einrichtung eines Frauenministeriums	Die Bekämpfung ungerechter Geschlechterverhältnisse braucht weitreichende eigenständige Kompetenzen und kann nicht aus einer thematischen „Unterordnung“ heraus vollzogen werden
3	Antipatriarchale Bildungsprojekte vom Kindergarten bis zur Hochschule	Kinder sollen früh und kontinuierlich mit Denkmustern konfrontiert werden, die der Zementierung von Geschlechterrollen entgegen wirken (Gesetze und Quoten sind notwendige „Krücken“ aber die Veränderung in den Köpfen erzielen sie nicht)
4	Änderung des Vergaberechtes	Einführung der nachgewiesenen Existenz von Frauenförderung als eine Voraussetzung für öffentliche Aufträge
5	Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung	Kommunen ab 10.000 Einwohner/innen müssen eine Gleichstellungsbeauftragte einstellen
6	Landesprojekte gegen Gewalt an Frauen ausbauen und stärken	Die Landesförderung der Frauenhäuser und Beratungsstellen muss gesetzlich verankert werden. Außerdem sind hier regionale Lücken der Angebote zu schließen
7	Einführung eines Ehemannunabhängigen Bleiberechts von Migrantinnen und die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe	Die Koppelung des Bleiberechts an den Fortbestand der Ehe beinhaltet ein Machtgefälle, das in zahlreichen Fällen zu menschenunwürdigen Bedingungen der abhängigen Seite führt. Frauen, die in ihren Herkunftsländern vor Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder sexueller Ausbeutung geflohen sind, fehlt bisher eine asylrechtliche Anerkennung
8	Wiedereinführung eines Fonds für Kleinstprojekte (im frauenpolitischen Bereich)	Die Sparmaßnahmen der ehemaligen nds. Sozialministerin von der Leyen haben besonders auf regionaler Ebene Frauenprojekte zerstört. Dabei ist es für einen kulturellen Wandel umgekehrt notwendig, diese Projektform stärker auszubauen
9	Vernetzung der niedersächsischen Frauenprojekte	Ziel ist eine gemeinsame Strategie der Projekte anstelle eines bloßen Nebeneinanders
10	Bundesratsinitiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft	Selbstverpflichtungen haben keine nennenswerten Veränderungen gebracht; daher muss die Privatwirtschaft gesetzlich zur Beschäftigung von Frauen in allen Bereichen verpflichtet werden
11	Bundesratsinitiative für Erwerbs-Arbeitszeitreduzierung mit Entgeltausgleich	Die Verfügung über Zeit ist ein zentraler Schlüsselpunkt für die Überwindung geschlechtsspezifischer Lebensmuster
12	Bundesratsinitiative für ein Elterngeld nach	Die Verantwortung für die Erziehung von

	skandinavischen Vorbild	Kindern obliegt beiden Elternteilen. Die Modalitäten des Elterngeldes muss dem gerecht werden
13	Abschaffung des Ehegattensplittings	Das Steuer-Splitting verstärkt die bestehende Einkommensdiskriminierung von Frauen (ohne dies sollte die Erziehung von Kindern, aber nicht die Ehe staatlich subventioniert werden.)

Medien

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Verlässliche Förderung der Bürgermedien, erleichterte Antragstellung für Förderung von Projekten der Bürgermedien	Bürgermedien brauchen Planungssicherheit, unnötig strenge Auflagen für Projektanträge sind abzubauen
2	Öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterstützen	LINKE muss Angriffe (u.a. der Lobby kommerzieller Rundfunkanbieter) auf den ÖR abwehren
3	Erhaltung und Ausbau der demokratischen Strukturen im Landesrundfunkrat und in der Landesmedienanstalt	... zur Sicherung der demokratischen Kontrolle des Rundfunks
4	Initiative zur Wiedereinführung der Rundfunkgebührenbefreiungstatbestände für Menschen mit Behinderungen	Befreiung wurde abgeschafft, ist wieder einzuführen
5	[hier ggfs. Noch was zur Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke zu Unterrichtszwecken in Schulen]	
6	Erhalt bestehender Bürgerfunkeinrichtungen, Ausbau dieser Einrichtungen Richtung Internet-TV fördern (Modellprojekte)	

Internationales

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Aufbau einer systematischen, auf Dauer angelegten Entwicklungszusammenarbeit mit armen Ländern unserer Welt bei deutlicher Erhöhung des Budgets. Entwicklungszusammenarbeit darf sich nicht im Knüpfen von Wirtschaftskontakten erschöpfen.	Ausbau des Entwicklungshilfebudgets auf 0,1 Promille des BIP bis 2018 (Stand 2010 wären das 21,4 Mio €. Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2015 0,7 Prozent des BIP aufzuwenden, da ist 0,1 Promille für Nds. sogar noch bescheiden)
2	Förderung einer Schulpartnerschaft mit der südafrikanischen Partnerregion Easterncape u.a.	

Europa

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Ausrichtung der Landesprogramme zur Vergabe von EU-Mitteln auf Nachhaltigkeit, regionale Wirtschaftskreisläufe und Angleichung der Lebensbedingungen	Aktuelle Verteilung erfolgt in erster Linie nach Wirtschaftsinteressen
2	Vollständige, klare und offensive Information über vergebene EU-Fördermittel	Transparenz herstellen darüber, wer wann wieviel bekommen hat
3	Bundesratsinitiativen für ein soziales, solidarisches Europa	Vorrang sozialer Grundrechte vor wirtschaftlichen Grundfreiheiten fordern. Gerechte Löhne und solidarische, koordinierte Wirtschaftspolitik fordern (Euro-Krise zeigt Notwendigkeit)
4	Beteiligung des Landtages in EU-Angelegenheiten (Legislativ-Prozess) effizienter und transparenter gestalten	Der Föderalismus sieht Beteiligung der Länder vor, der Prozess ist aber sehr zeitkritisch und funktioniert bisher schlecht
5	Informationsstrategie „Europa bewusst machen“	Ausbau, Vernetzung und Förderung der Information über die Europäische Union, beispielsweise durch das EIZ und an Schulen
6	Vollständige, klare und offensive Information über Möglichkeiten der EU-Fördermittel-Beantragung	Fördermöglichkeiten sollen allen bekannt sein, nicht nur denen mit guten Beziehungen zu entsprechenden Stellen

Steuer- und Finanzpolitik

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Bundesratsinitiative zu Änderung des Steuerrechts: <ul style="list-style-type: none"> - Wiederinkraftsetzung reformierte Vermögenssteuer - Körperschaftssteuer auf 25% - Großerbensteuer - Finanztransaktionssteuer - Einkommenssteuer-Spitzensatz erhöhen 	Vermögenssteuer, Großerbensteuer, Erhöhung der Körperschaftssteuer, Einführung der Börsenumsatzsteuer
2	Ausbau der Finanzämter im Bereich Steuereintreibung im Kampf gegen Steuerhinterziehung	Stellenzufuhr in der Größenordnung von 600 Stellen
3	Ablehnung der Verfassungsänderung zur Einführung eines Kreditverbotes	
4	Mehr Landesmittel für die Kommunen	350 Mio. Euro Aufstockung für den Kommunalen Finanzausgleich
5	Einführung einer Gemeindegewerbesteuer	Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer (siehe Anlage) zugunsten auch der kommunalen Haushalte
6	Verteidigung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken gegen die Angriffe der privaten Großbanken	

Umwelt

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Ablehnung der CC-Speicherung von Co2	
2	Ablehnung von Fracking	
3	Demokratisch kontrollierte, kleinteilige Struktur der Energieerzeugung	
4	Landesprogramm für Repowering von Windkraftanlagen	
5	Onshore-Ausbau der Windkraftanlagen anstelle der Offshore -Windparks	
6	Rekommunalisierung von Stromnetzen.	
7	Forderung nach einem bundesweiten neuen Energiekonzept als Voraussetzung für einen Netzausbau	
8	Förderung des Stoffstrommanagements	
9	Landesweite Altlastenstrategie	Altlastenfonds
10	Sozial gerechte Tarifstruktur für Wasser, Strom und Gas	z.B. Günstiger Tarif für die Grundversorgung und eine progressive Preisgestaltung für den Mehrverbrauch.
11	Aufgabe des Endlagerstandorts Gorleben.	
12	Rückholung des Asse-Atommülls	
13	Nicht-Inbetriebnahme von Schacht Konrad	
14	Arbeitsplatzerhaltende Konversionsstrategie für AKW Standorte	
15	Fördermittel und Forschungsmittel für eine schnelle, demokratische und umweltfreundliche Energiewende	

Agrarpolitik und Verbraucherschutz

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
1	Ausbau des Verbraucherschutzes und Einführung einer vollwertigen Ernährung in KITAS und Schulen	Kontrollen erhöhen, Sanktionen einführen, Beratung und Sicherstellung der Verbraucherschutzzentralen, Einführung der Ausgabe einer vollwertigen Mahlzeit für alle Kinder.
2	Stärkung der ländlichen Räume	Förderung der Diversifizierung der ländlichen Produktion, Dezentrale Wirtschaftsförderung.
3	Ökologisierung der Landwirtschaft	Agrarsubventionen auf europäischer Ebene an ökologische und soziale Standards koppeln. Förderung des ökologischen Landbaus
4	Massentierhaltung und Stallbauboom beenden – artgerechte Tierhaltung fördern	Bessere Standards für Platzangebote, Auslauf, Maßnahmen für die Tiergesundheit und eine Reduktion des Arzneimitteleinsatzes
5	Niedersachsen gentechnikfrei	Beitritt Niedersachsen zur Charta Gentechnikfreie Regionen. Verbesserte Kennzeichnung.

Inneres / Antifaschismus / Demokratie / Kommunen

Wesentliche Aussagen	Forderung / Positionierung	Beschreibung
	Inneres	
1	Schaffung einer Bleiberechtsregelung mit deutlich niedrigeren Hürden	Humanitäre Aspekte müssen fokussiert werden. Keine Selektion nach „Nützlichkeitskriterien“
2	Neuregelung der Härtefallkommission	Absenkung der Zugangshürden und des Mehrheitsquorums
3	Abschaffung der Wertgutscheinpraxis	Ersetzen durch Barauszahlung
4	Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte	Dezentrale Unterbringung
5	Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Residenzpflicht	
6	Reform des Staatsbürgerschaftsrechts	Möglichkeiten für Mehrfachstaatsbürgerschaften schaffen.
7	Versammlungsgesetz liberalisieren	Das von CDU und FDP geänderte Versammlungsgesetz ist ein Versammlungsverhinderungsgesetz – wir wollen mehr, nicht weniger Demokratie
	Antifa	
1	Einsetzung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens	Erfüllung der Vorgaben des BVerfG, V-Leute abschalten, Verbotsinitiative auf Bundesebene unterstützen
2	Landesprogramm gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus	Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen. Vor allem in Schwerpunktregionen
3	Abschaffung der sog. „Extremismusklausel“	
	Bürgerrechte/Demokratie / öffentliche Sicherheit	
1	Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte	Einführung von Schildern mit Kennziffern zur Identifizierung. Insbesondere bei Großeinsätzen
2	Aufbau einer unabhängigen Beschwerdestelle für die Polizei	Errichtung einer alternativen, zentralen Instanz außerhalb des klassischen Dienstweges für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie als Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger, wenn ihnen eine Beschwerde auf anderem Weg nicht verfolgbar erscheint. Stärkung des Vertrauens in die Polizei
3	Aufnahme des Verbotes von Diskriminierung	Erweiterung des

	aufgrund der sexuellen Identität in die Landesverfassung	Antidiskriminierungsgesetzes
4	Stellenhebungsprogramm bei der Polizei	1500 Stellenanhebungen von A8 auf A10
5	Verdoppelung der Erschwerniszulage für Polizistinnen und Polizisten	Erhöhung auf 5€
6	Änderung der Landesverfassung zur Festlegung des Datenschutzes als Staatsziel.	
7	Aufbau eines regierungsunabhängigen Landeszentrums für Datenschutz.	
8	Verbot von kriminellen Rockergruppen	z.B. „Hells Angels“
9	Verfassungsschutz abschaffen	
10	Entwicklung von Antidiskriminierungsprogrammen für Homosexuelle	
11	Erstellung eines Antirassismus-Begriffs	
	Kommunen	
1	Deutliche Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide.	Unterschriftenquorum sollte nach Einwohnergröße gestaffelt werden. Streichung des Zustimmungsquorums. Reduzierung des Negativkataloges. Man sollte über alle Angelegenheiten der Kommune einen Bürgerentscheid beantragen können. Entscheidung über die Zulässigkeit in öffentlicher Sitzung treffen.
2	Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung: Verkürzung der Amtszeit der HauptverwaltungsbeamtInnen auf 5 Jahre	
3	Ablehnung der erzwungenen Fusion kommunaler Strukturen	Zuvor muss Bürgerentscheid stattfinden
4	Unterstützung kommunaler Bürgerhaushalte.	Unter zur Verfügungsstellung aller notwendigen Informationen muss die aktive Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen zur Haushaltsaufstellung und -kontrolle gesichert sein, wobei die Voraussetzungen für eine breite Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden müssen.
5	Wiedereinführung der Bürgermeisterstichwahlen, ggf. in Form der sogenannten integrierten Stichwahl	